

Bericht über die Zusammenarbeit von demokratischem Sozialismus und Kommunismus

Zusammengestellt von der Hauptabteilung Politik der CDU-Bundesgeschäftsstelle

Seit Jahren arbeiten die studentischen Nachwuchsorganisationen der SPD mit stillschweigender Duldung der Parteiführung aktiv mit Kommunisten an den deutschen Hochschulen zusammen. Der RCDS hat das Ausmaß dieser Querverbindungen dokumentarisch belegt.

Im Zusammenhang mit dem Europawahlkampf 1979 hat die SPD ihre Bündnis-Strategie ausgeweitet und programmatisch niedergelegt.

Seit dem Sommer 1979 entwickelt sich eine Form der Auseinandersetzung mit den Unionsparteien, die für die eigentliche Wahlkampfphase das Schlimmste befürchten läßt. Die Jusos und andere Gruppen der SPD beteiligen sich maßgeblich an dem Versuch, die Linke innerhalb und außerhalb der SPD zu einem Aktionsbündnis gegen die Union zu mobilisieren.

Zusammenarbeit von demokratischem Sozialismus und Kommunismus im Bundestagswahlkampf 1980

„Im Bundestagswahlkampf 1980 mobilisieren die Jungsozialisten gegen eine Machtübernahme durch die Unionsparteien unter Franz Josef Strauß.“ (Werbeprospekt des Juso-Bundesvorstands für das Pfingstjugendtreffen in Köln, o. D.)

Selten ist eine Äußerung der Juso-Führung so wörtlich zu verstehen gewesen wie dieser Aufruf zur Mobilmachung. Seit der Nominierung von Franz Josef Strauß

zum Kanzlerkandidaten der Union haben die Jungsozialisten die Aktionseinheit mit Kommunisten aus den Hörsälen und Theorieseminaren auf die Straße getragen. Ihre Spur zieht sich von den Krawallen im September 1979 in Essen, Köln und Bremen bis zu den skandalösen Schlägereien anlässlich der Vereidigung von Bundeswehrsoldaten im Mai 1980 in Bremen.

Die Jusos folgen dabei ebenso wie ihre kommunistischen Aktionspartner der Erkenntnis, daß „die wichtigste Möglichkeit, die Einheit der Linken herzustellen“, die Bundestagswahl 1980 sei. So formuliert es ein Extrablatt der Zeitung der Gruppe Internationale Marxisten (GIM), die in Kassel anlässlich einer sozialistischen Arbeitskonferenz Anfang Mai verteilt worden ist. Die Kandidatur von Strauß bedeute eine politische Offensive des „Blocks an der Macht“; in dieser Lage könne es nur eine Einheitsfront gegen Strauß geben, um den „reformatorischen Block“ zu vereinheitlichen. „Das heißt aber, die Partei, die das Massenvertrauen besitzt, die SPD, ist die einzige Kraft, die auf politischer Ebene eine Regierung Strauß verhindern kann.“

Deshalb müsse der reformatorische Block zur Wahl der SPD aufrufen. (Zitiert nach Frankfurter Rundschau, 5. Mai 1980)

Auf der gleichen Kasseler Konferenz erklärte der niedersächsische SPD-Vorsitzende von Oertzen, er würde es für verhängnisvoll halten, „wenn Sozialdemokraten hier nicht am Rande dabei wären“. Die Linke innerhalb der SPD und die Linke außerhalb der SPD müßten zusammenarbeiten können, ohne sich selbst aufzugeben. (a. a. O.)

Laut einer Vorabmeldung des ppp vom 27. Februar 1980 wollten sich neben Juso-Gruppen und anderen SPD-Mitgliedern u. a. der Kommunistische Bund (KB), die Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) sowie „bunte“ Wählergruppen an der Konferenz beteiligen.

Dem Aufruf zur Gemeinsamkeit waren SPD-Gruppierungen und Kommunisten bereits am 14. September 1979 anlässlich zweier CDU-Kundgebungen mit dem Kanzlerkandidaten Strauß in Essen und Köln gefolgt. In einem vom „Anti-Strauß-Komitee Essen“ verteilten Flugblatt hieß es wörtlich: „Das Programm von Strauß muß und kann gestoppt werden. Die gesammelte Kraft aller Demokraten, ungeachtet ihrer sonstigen Meinungsverschiedenheiten, wird dies zustande bringen.“

Dieses „breite antifaschistische Bündnis“ („Die Neue“, 14. September 1979), zu dem der SPD-Bundestagsabgeordnete Klaus Thüsing als Hauptredner sprach, bestand aus Jusos, DGB-Jugend, SDAJ, MSB-Spartakus, Bunte Liste mit KB (Kommunistischer Bund), Deutsche Friedensgesellschaft, Bezirksschülervertretung und weiteren Gruppen der extremen Linken. („Die Neue“, 18. September 1979) Am gleichen Abend führten dieselben Organisatoren in Köln eine zweite Volksfront-Demonstration durch. Zu den Unterzeichnern des Kölner Aufrufs („Bereiten

wir ihm einen gebührenden Empfang“!) gehörten u. a. der stellvertretende Vorsitzende des Juso-Unterbezirks Köln, der Sprecher der Juso-Hochschulgruppe an der Universität Köln, der Kreisvorsitzende der DKP, der Vorsitzende der SDAJ sowie Vertreter des MSB-Spartakus.

Im Bremer Landeswahlkampf veranstaltete eine Bürgerinitiative mit dem Sammelnamen „Bürger gegen Strauß“ am 25. September 1979 eine Gegendemonstration gegen die Wahlkampfkundgebung der Bremischen CDU mit dem Kanzlerkandidaten der Union. Als Veranstalter der Gegendemonstration zeichneten die Konferenz der Bremer Studentenausschüsse, die Gesamtschülervertretung und der Landesjugendring Bremen. Unterstützt wurde die Demonstration vom Juso-Landesverband Bremen, von den Juso-Hochschulgruppen, vom MSB-Spartakus, Sozialistischem Hochschulbund (SHB), SDAJ, DKP Bremen sowie zahlreichen weiteren linken Organisationen. Als Hauptredner wurden Henning Scherf und der Hamburger SPD-Bundestagskandidat Freimut Duve angekündigt. („Die Neue“, 25. September 1979)

Am 12. Januar 1980 berichtet der Unterbezirk Kassel-Stadt der Jungsozialisten in einem Rundbrief über die Bemühungen, in Kassel ein „Anti-Strauß-Komitee“ zu gründen. Der Brief beginnt: „Im Dezember trafen sich auf Einladung der DKP-Hochschulgruppe an der Gesamthochschule Vertreter der DKP-Hochschulgruppe, der Juso-Hochschulgruppe, des SHB und Einzelpersonen, um eine mögliche Zusammenarbeit gegen die Straußsche Krisenlösung zu besprechen.“

Die Jusos regen an, auch außerhalb der Hochschule um Unterstützung durch andere linke Gruppen zu werben und „bei eventuellen Straußauftritten in Kassel und Umgebung koordinierend und initiiierend tätig“ zu werden.

Im März 1980 konnte die „Anti-Strauß-Initiative“ in Flugblättern bereits auf die Unterstützung von Jungdemokraten, Juso-Hochschulgruppe, DKP-Hochschulgruppe, SHB, Kommunistischer Bund (KB) und weiterer „Unorganisierter“ verweisen.

Wie weit die Jungsozialisten, aber auch andere SPD-Gruppierungen und einzelne Politiker, bereits in Volksfrontbündnisse verstrickt sind, das haben vor wenigen Wochen erst die bürgerkriegsähnlichen Straßenkämpfe in Bremen anlässlich des öffentlichen Gelöbnisses von Bundeswehrsoldaten erschreckend deutlich gemacht.

Auslösendes Moment war die vorhergegangene wochenlange Diskussion in der Bremer SPD über den verfassungsmäßigen Auftrag der Bundeswehr, letztlich aber die Gegendemonstration am 6. Mai 1980, zu der auf gemeinsamen Flugblättern u. a. aufgerufen hatten: die Allgemeinen Studentenausschüsse der Bremischen Hochschulen, die Jungdemokraten, die DKP, der Landesverband der Jungsozialisten, die Juso-Hochschulgruppen, die Juso-Schülergruppen, die Gesamtschülervertretung Bremen, der MSB-Spartakus, die SDAJ, der SHB, der Konrektor der

Universität Bremen Detlev Albers (SPD), der stellvertretende Juso-Bundesvorsitzende Klaus-Peter Wolf sowie zahlreiche SPD-Unterbezirke und weitere Parteigliederungen der Bremischen SPD.

Bereits am 18. April hatten sich die Vertreter von insgesamt zwanzig Verbänden und Organisationen im Büro der Jungsozialisten des Unterbezirks Bremen-West getroffen und mit der Federführung der Vorbereitungen den Unterbezirksvorsitzenden der Jusos von Bremen-West beauftragt. (Nachdem die geplante „friedliche Demonstration“ in den bekannten wüsten Schlägereien geendet hatte, wollte — wie üblich — keiner der ursprünglichen Initiatoren mehr etwas mit den Exzessen zu tun haben.)

Gerade weil in dem Bremer Aufruf von der Verteidigung des Grundrechts auf Kriegsdienstverweigerung die Rede ist, muß an das „Aktionsprogramm“ erinnert werden, das vom Juso-Bundeskongreß in Hofheim (10. bis 12. Februar 1978) beschlossen worden ist, dort heißt es u. a.: „Dabei ist es sehr entscheidend, für den Erhalt bestehender demokratischer Rechte zu kämpfen bzw. deren Ausweitung, um nach Möglichkeit ohne Anwendung von Gewalt die Gesellschaft in Richtung Sozialismus umzugestalten.“ Fast scheint es so, als wären diese Möglichkeiten schon erschöpft.

Das jüngste Beispiel für gemeinsame Aktionen mit Kommunisten haben Mainzer SPD-Mitglieder geliefert. Sozialdemokraten und Jungsozialisten, darunter zwei SPD-Stadträte und der Vorsitzende der Mainzer Jungsozialisten, organisierten mit Unterstützung von Kommunisten unterschiedlicher Prägung anläßlich einer Großveranstaltung der CDU eine „Gegendemonstration“.

Zusammenarbeit von demokratischem Sozialismus und Kommunismus auf europäischer Ebene

Die erste europäische Direktwahl im Jahre 1979 bot der SPD willkommenen Anlaß, ihre Bündnispräferenzen auch programmatisch zu verdeutlichen.

Im Europawahlprogramm der SPD „Soziale Demokratie für Europa“ werden nicht etwa die Kommunisten, deren Entwicklung die SPD aufmerksam verfolgt, als Hauptgegner bezeichnet; dort heißt es vielmehr wörtlich: „Im Streit um die Mehrheit im Europäischen Parlament sind die konservativen Parteien Hauptgegner für die Sozialdemokraten.“ (S. 93)

Heidi Wieczorek-Zeul, bis 1977 Juso-Bundesvorsitzende und seit 1979 Mitglied des Europaparlaments, hat im Europawahlkampf vor dem sogenannten „Frankfurter Kreis“ an die Parteilinken appelliert, sich nicht in „bundesrepublikanischem Provinzialismus abzukapseln“, sondern lieber mit den „SPD-Bruderparteien, mit

den reformkommunistischen Parteien, den links-christlichen Gewerkschaften, Parteien und Gruppierungen in Europa mit dem Ziel zu diskutieren, auch die SPD zu verändern“.

Die Europawahlen könnten nach ihrer Auffassung auch dazu beitragen, den Antikommunismus in der Bundesrepublik abzubauen. In diesem Sinne könne das Europaparlament ein Forum des Dialogs für die Parteien der europäischen Arbeiterbewegung werden — selbstverständlich unter Einschluß „reformkommunistischer Parteien“. (Frankfurter Rundschau, 3. April 1979)

Die Genossin Wieczorek-Zeul wird nicht müde, für die Aktionseinheit von Sozialisten und Kommunisten auf europäischer Ebene zu werben: Auf einer Konferenz europäischer Sozialisten Anfang Mai 1980 in Rom legte sie eine „euro-sozialistische Plattform“ vor, die u. a. die Forderung enthält, daß Europa eine „autonome und unabhängige Politik zwischen den Großmächten ausarbeiten“ und daß eine „partiell entmilitarisierte und atomwaffenfreie Zone in Mitteleuropa geschaffen werden“ muß. Bei der Verwirklichung dieser Ziele baut die SPD-Politikerin auf die Unterstützung europäischer Kommunisten:

„Eine solche Politik muß von den Sozialisten in Zusammenarbeit mit allen demokratischen und fortschrittlichen Kräften formuliert werden unter Einschluß demokratischer Christen und Kommunisten — vor allem den italienischen Kommunisten.“ („Die Neue“, 9. Mai 1980)

Daß dieses offene Bündniswerben von den Kommunisten dankend akzeptiert wird, zeigt die Reaktion der KPI. Nach seinen Gesprächen mit SPD-Politikern in Bonn erklärte das Vorstandsmitglied der KPI, Giorgio Napolitano, im Januar 1980, es sei bekannt,

„daß die KPI seit vielen Jahren Kontakte mit politischen Kreisen der Bundesrepublik, insbesondere mit der Sozialdemokratischen Partei, unterhält“;

Napolitano fügte wörtlich hinzu: „Mir scheint, daß wir derzeit ein vertieftes Verständnis der gegenseitigen Erfahrungen erreicht haben.“ (Zitiert nach Die Welt, 22. Januar 1980)

Die Zeitung der italienischen Linken, „La Repubblica“, kommentierte diese Reise so: „Noch nie waren sich die deutsche Sozialdemokratie und die KPI so nahe gerückt wie jetzt unter dem äußeren, von der Versteifung der internationalen Beziehungen bewirkten Zwang.“ (Zitiert nach Die Welt, 5. Februar 1980)

Und Der Spiegel wußte am 24. März 1980 zu berichten, die italienischen Kommunisten wollten „sich auf europäischer Ebene nun mit Sozialisten und Sozialdemokraten verbünden. Ziel sei, so ein KPI-Unterhändler, eine einheitliche Kampagne ‚für ein autonomes Europa als Drehscheibe der Entspannung‘.“ (Das deckt sich nahtlos mit der „euro-sozialistischen Plattform“ der Genossin Wieczorek-Zeul.)

Wenn der SPD-Vorsitzende Brandt in jüngster Zeit um spektakuläre Kontakte zu KPI-Chef Berlinguer bemüht ist, so wird auch für die Öffentlichkeit deutlich, daß die Zusammenarbeit zwischen Sozialisten und Kommunisten inzwischen bereits auf höchster Ebene betrieben wird. (Vgl. die dpa-Meldung vom 13. März 1980)

In diesen Zusammenhang müssen auch die freundschaftlichen Beziehungen gestellt werden, die die Jungsozialisten seit Jahr und Tag mit den kommunistischen Staats-Jugendorganisationen der Sowjetunion und der DDR pflegen. Für die parteipolitische Entwicklung der SPD sind diese Beziehungen nicht deswegen besonders bemerkenswert, weil solche Begegnungen und Kontakte überhaupt stattfinden,

sondern ihr besonderes Gewicht ist darin zu erblicken, daß die Jungsozialisten auf der einen Seite intensive, ja sogar freundschaftliche Beziehungen zu totalitären Jugendorganisationen unterhalten, auf der anderen Seite aber zum Ring Christlich-Demokratischer Studenten oder zur Schüler-Union in eine fast feindselige Distanz gehen und jede Zusammenarbeit z. B. an den deutschen Hochschulen verweigern.

So hat eine FDJ-Delegation vom 21. bis 23. März 1980 so intensive Gespräche mit der Juso-Spitze geführt, daß es eines 6seitigen Kommuniqués bedurfte, um die Übereinstimmung in wichtigen Fragen der internationalen Politik hinlänglich zu dokumentieren. Dort heißt es beispielsweise: „FDJ und Jungsozialisten wenden sich gegen den Abbau der Entspannungspolitik zugunsten einer Politik des kalten Krieges. Sie treten gegen den weiteren Ausbau des Atomwaffenpotentials und für Schritte zu seiner Reduzierung ein.“

Jusos und FDJ haben bei dieser Gelegenheit den Austausch von Studiendelegationen, die Durchführung gemeinsamer Seminare, die gegenseitige Einladung zu den jeweiligen Verbandskongressen sowie den Austausch von Publikationen vereinbart.

Unmittelbar nach der Abreise der FDJ-Delegation ist die Juso-Spitze unter Leitung ihres Bundesvorsitzenden Gerhard Schröder am 23. März 1980 — zwei Monate nach der sowjetischen Invasion in Afghanistan — zu Gesprächen mit dem „Komitee der Jugendorganisationen der UdSSR“ nach Moskau gefahren. Auch hier stand im Mittelpunkt ein gemeinsames Seminar zu „Fragen der Abrüstung und Entspannungspolitik“. (Pressemitteilung des Juso-Bundessekretariats vom 20. März 1980)

Wachsender Einfluß der Eurokommunisten

In der Bundesrepublik Deutschland spielen die Kommunisten politisch keine Rolle, in Europa ergibt sich jedoch ein anderes Bild. So stellen die Kommunisten

in den beiden bevölkerungsreichen Ländern Frankreich und Italien starke politische Kräfte dar.

In Frankreich z. B. erreichte die Kommunistische Partei (PCF) bei den Wahlen zur französischen Nationalversammlung vom März 1978 im ersten Wahlgang 20,5 % der Stimmen. Die PCF gewann 12 Mandate hinzu. Auch die Kommunistische Partei Italiens (PCI) konnte bei den Wahlen 1976 Stimmen hinzugewinnen. Mit jeweils über 36 % der Stimmen für die Abgeordnetenkammer und den Senat blieb die PCI nur um etwa 2 % hinter der DC zurück.

Eurokommunisten sind es gewohnt, in längerfristigen Entwicklungsprozessen und historischen Etappen zu denken. In ihren Parteiprogrammen und gemeinsamen Erklärungen beschränken sie jedoch ihre Aussagen ausschließlich auf die nächste Etappe, jene der „fortgeschrittenen Demokratie“ (KPF) bzw. der „politischen und wirtschaftlichen Demokratie“ (Carillo). Gemeint sind Volksfrontbündnisse zwischen Sozialisten und Kommunisten, die 1972 in Frankreich zu einem „gemeinsamen Regierungsprogramm“ führten.

Diese Etappe der „fortgeschrittenen Demokratie“ wird von den Eurokommunisten ausdrücklich nur als „Übergangsphase“ (Carillo) bezeichnet.

Das bedeutet, daß in einer anderen politisch-historischen Situation den Marxisten das dialektische Denken jederzeit erlaubt, andere weitergehende Ziele „in Richtung auf den Sozialismus“ — und das heißt in Richtung auf totalitäre Unterdrückung — zu definieren. Typisch für den „Euro“-Kommunismus ist also, daß nach Art der Salamtaktik Stück für Stück die nationale Machtbeteiligung und schließlich die Eroberung Westeuropas angestrebt wird. Die Eurokommunisten haben damit den langen Marsch durch die Institutionen der westlichen Verfassungsstaaten angetreten, ohne allerdings deren Grenzen respektieren zu wollen.

Denn marxistische Gesellschaftsanalyse und Geschichtsphilosophie bleiben die ideologische Grundlage ihres Denkens. Der absolute Anspruch dieser Ideologie ist gepaart mit der fixen Idee einer zwangsläufigen Entwicklung der Geschichte hin zum Kommunismus. Dessen totale Vereinnahmung des Individuums und der menschlichen Gesellschaft und seine inhumane, ökonomische Eindimensionalität stehen notwendigerweise im krassen Widerspruch zur Vielfalt, Freiheit, Würde der Persönlichkeit und Toleranz — Werte, die westliches und christliches Denken prägen.

Das Volksfrontbündnis zwischen Sozialisten und Kommunisten

In Frankreich ist die Volksfront bereits Realität, auch wenn z. Z. das Verhältnis zwischen den Partnern nicht ohne Spannungen ist. So beschlossen die Kommunistische Partei (PCF) und die Sozialistische Partei (PS) im Juni 1972 ein „Gemeinsa-

mes Regierungsprogramm“. In ihm wird in der Präambel das Ziel genannt, „dem Sozialismus den Weg zu öffnen“.

Auch im Rahmen der Wahlen zur französischen Nationalversammlung vom 12. und 19. März 1978 wurde „Volksfront“ praktiziert. Am 13. März einigten sich die drei Parteiführer Mitterand, Marchais und Fabre darauf, daß im zweiten Wahlgang am 19. März jeweils der besser platzierte Kandidat der einzige Kandidat der Linken sein sollte.

Die SPD wendet sich gegen eine Zusammenarbeit mit Kommunisten. Doch dieser Absage ist in den letzten Monaten viel von ihrer Glaubwürdigkeit genommen worden. Schon im Frühjahr 1978 bescheinigte der stellvertretende Vorsitzende und außenpolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, Horst Ehmke, den Eurokommunisten ihre Koalitionsfähigkeit.

Er äußerte darüber hinaus die Erwartung, daß die „historische Spaltung der Arbeiterbewegung in Westeuropa“ durch die Zusammenarbeit zwischen Sozialisten und Eurokommunisten in Zukunft überwunden werden könnte (H. Timmermann [Hrsg.], Eurokommunismus, Frankfurt am Main 1978, S. 13). Gleichzeitig zog die SPD mit ihrem Europaprogrammentwurf und seit ihrem Europaparteitag in Köln im Dezember 1978 die Gräben zu den bürgerlichen Parteien immer tiefer, vor allem zu den Christlichen Demokraten und den Konservativen, aber auch den Liberalen.

Die FDP ist als Reaktion auf das Europaprogramm der SPD bereits deutlich auf Distanz zur SPD gegangen. So sagte Genscher bei einem Festakt zum 30jährigen Bestehen der FDP in Heppenheim, die Sozialdemokraten sollten nicht glauben, sie könnten nun Europa zumuten, was „ein Teil von ihnen seit dem Godesberger Programm für unser Land nicht mehr will und was ein anderer Teil mit Rücksicht auf uns hierzulande nicht verwirklichen kann“. Der Spitzenkandidat der FDP für Europa, Bangemann, sprach von „tiefgreifenden Differenzen“.

In ihrem Europaprogramm vom Dezember 1978 erklärt die SPD die Konservativen (im Sprachgebrauch der SPD gehören dazu auch die Christlichen Demokraten) im Europaparlament erstmalig und ausdrücklich zu ihren „Hauptgegnern“. Zugleich werden die Eurokommunisten sehr behutsam behandelt und nur noch als „politischer Gegner“ angesprochen. Mit dieser Klassifizierung haben sich in der SPD die Jungsozialisten durchgesetzt. Nach Juso-Diktion sind die Christlichen Demokraten die „Klassenfeinde“, die Kommunisten dagegen nur „politische Gegner“ der Sozialisten.

Hier wird nur noch um den „besseren Sozialismus“ gewetteifert!

Mit dieser Radikalisierung hat die SPD ihre sozialistischen Schwesterparteien ideologisch ein- und zum Teil sogar überholt. Sie hat darüber hinaus die Basis für eine neue Annäherungsstrategie gelegt, mit der die europäische Parteienlandschaft eine neue Frontlinie bekommt. Die ältere Konvergenztheorie zwischen Ost und

West, die in den späten 60er Jahren von Egon Bahr unter dem Motto „Wandel durch Annäherung“ zur Leitidee der deutschen Ostpolitik erhoben worden war, hat eine Ergänzung erhalten. Auch innerhalb der EG wollen führende sozialistische Parteien ihr Verhältnis zu den Eurokommunisten auf lange Sicht unter Konvergenzgesichtspunkten ausbauen.

Der gemeinsame Nenner ist hierbei das Zusammenwirken aller sogenannten „fortschrittlichen“, arbeitenden Kräfte, d. h. konkret der sozialdemokratischen, sozialistischen und kommunistischen Parteien in der EG.

Dazu versteht sich selbst die italienische KP, die national einen „historischen Kompromiß“ mit der Democrazia Christiana anstrebt. Ihr Zentralkomitee (ZK) hat jedoch Mitte Dezember 1978 die Richtlinien für die zukünftige Zusammenarbeit in Europa bekanntgegeben, die auf ein Bündnis mit den sozialistischen Kräften zielen.

Wo stimmen Sozialisten und Eurokommunisten überein?

1. Der Gleichklang der politischen Zielvorstellungen ist vor allem im Bereich der internationalen Politik und der Sicherheitspolitik festzustellen. Weitgehende Übereinstimmung besteht in der Vorstellung von der „Überwindung der Blöcke“, die starke antiamerikanische und zum Teil auch antideutsche Tendenzen beinhaltet.
 2. Es ist bemerkenswert, daß die Vorreiter einer Neutralisierung Westeuropas die Frage nach den innenpolitischen Konsequenzen systematisch aus der Diskussion ausblenden. Angesichts der dann gegebenen politischen Erpreßbarkeit Westeuropas beantwortet sich die Frage allerdings auch fast von selbst. Hier wird deutlich, was „Friedenspolitik“ à la Volksfront und Eurokommunismus bedeutet.
 3. Von einigen sozialistischen und kommunistischen Parteien werden NATO und EG als Instrumente der Aufrechterhaltung des internationalen Kapitalismus und des amerikanisch-deutschen Imperialismus bezeichnet. Die NATO wird von den skandinavischen Sozialisten unter linksradikaler Federführung der Norwegischen Arbeiterpartei nur noch als „Vehikel der Entspannung“ zwischen Ost und West akzeptiert.
- Die Eurokommunisten unterscheiden spitzfindiger: Die italienische KP ist unter den gegenwärtigen Bedingungen bereit, die NATO zu akzeptieren, die spanische KP will sich einem entsprechendem Votum der Bevölkerung und des Parlaments beugen.

Prinzipiell und auf längere Sicht lehnen KPI und KPF die NATO jedoch ab.

Demgegenüber betont die französische KP die militärische Handlungsfreiheit Frankreichs und lehnt deshalb eine Mitgliedschaft Frankreichs in der NATO ab. Auch die spanischen Sozialisten (PSOE) und die griechischen Sozialisten (PA-

SOK) attackieren die NATO als imperialistisches Unterdrückungsinstrument und lehnen sie radikal ab.

4. Die Mitwirkung an der europäischen Integration steht bei den sozialistischen und kommunistischen Parteien durchweg unter der Voraussetzung, den „Sozialismus bzw. das, was die Sozialisten und Eurokommunisten jeweils darunter verstehen, in der EG durchzusetzen. „Europa wird sozialistisch sein, oder es wird nicht sein“, formulierte der französische Sozialistenführer Mitterand.

5. Der „demokratische Sozialismus“, der von sozialistischen und eurokommunistischen Parteien erstrebt wird, enthält zum Teil noch unterschiedliche Sozialismusvorstellungen im einzelnen. Es gibt jedoch andererseits weitgehende Übereinstimmungen: „Antikapitalismus“ und sog. „Demokratisierung“ sind die gemeinsamen Nenner sozialistisch-eurokommunistischer Politik für ein „anderes Europa“.

Die Konsequenzen für die Wirtschafts- und Gesellschaftsverfassung der EG wären der Ausbau zentraler Einrichtungen der Wirtschaftslenkung, Investitionssteuerung, Produktions- und Konsumplanung, Lohn- und Preisfestsetzungen, Begrenzungen und Einebnungen der Einkommen: hinzu käme eine aktive Verstaatlichungspolitik und die Übernahme bedeutender Wirtschaftszweige, Banken und Versicherungen in staatliche Regie.

Die Gemeinschaft soll z. B. nach der Vorstellung der französischen Sozialisten ein gewaltiges sozialistisches Experimentierfeld werden, mit dem ein „neuer Entwicklungstyp auf der Basis demokratischer Planung“ angestrebt wird. So fordern diese Sozialisten in der Industriepolitik die „Erarbeitung genauer Investitionsziele“, z. B. um die Verlagerung von Produktionsstätten in die Entwicklungsländer zu begrenzen. Sie fordern weiter die „Fixierung von Entwicklungszielen und Entwicklungsgeschwindigkeiten von Industrieanlagen“, die Kontrolle von Kapitalbewegungen, Gewinntransfer usw.

Die Wirtschaftspolitik der Gemeinschaftsländer soll nur insoweit harmonisiert werden dürfen, wie dies der Entwicklung des Sozialismus in jedem einzelnen Gemeinschaftsland nicht widerspricht, um nicht „zum Schaden der Arbeiter dem Kapitalismus eine neue Lebenschance zu geben“. Vor allem soll das Wirtschaftsleben in der Gemeinschaft bei Mitentscheidung der Arbeiter unter eine „echte Wirtschafts- und Sozialplanung“ gestellt werden.

Damit, so ein bekannter sozialistischer Wortführer, werde die Gemeinschaft endlich vom „Freihändlertum nach allen Richtungen“ befreit.

Zusammenarbeit von demokratischem Sozialismus und Kommunismus an deutschen Hochschulen

Von den 73 Studentenvertretungen (Allgemeine Studentenausschüsse und Sprecheräte) an Hochschulen und Fachhochschulen mit Promotionsrecht sind 25 Studen-

tenvertretungen Koalitionen, in denen Jusos und/oder Judos mit Kommunisten zusammenarbeiten. Rund ein Drittel der Studentenvertretungen werden von solchen Koalitionen gebildet.

Durch diese Koalitionen werden die übrigen Studentenvertretungen, wie z. B. der RCDS und andere Gruppen, aus der Mitverantwortung in der studentischen Selbstverwaltung ausgeschlossen und die Allgemeinen Studentenausschüsse einseitig mit Kommunisten und Sozialisten besetzt.

An folgenden Hochschulen gibt es Volksfrontstudentenvertretungen:

MSB Spartakus/SHB:

Uni Düsseldorf, PH Hannover, PH Aachen, PH Lüneburg, PH Bonn, PH Köln, Uni Marburg, GH Siegen.

MSB/SHB/Juso-Hochschulgruppen:

Uni Mainz (ohne SHB), Uni Bremen, Uni Osnabrück, Uni Stuttgart (ohne SHB), TH Aachen, GH Duisburg, GH Essen, PH Neuss, PH Kiel.

SHB/Jusos:

TU Braunschweig.

Basisgruppen/Jusos:

Uni Frankfurt.

MSB/SHB/Jusos/Liberaler Hochschulverband:

Uni Bielefeld, Uni Karlsruhe (mit Unterstützung, ohne direkte Beteiligung des MSB), Uni Regensburg (ohne Jusos und SHB), Uni Oldenburg, Uni Hohenheim (ohne Jusos und SHB), Uni Freiburg (mit Unterstützung, ohne direkte Beteiligung von MSB/SHB).

Volksfront in Fachschaften

Volksfrontbündnisse in Fachschaftsvertretungen gehören an fast allen Hochschulen zum Alltag.

Volksfront in den Vereinigten Deutschen Studentenschaften (VDS)

VDS-Vorstand

Der Vorstand der Vereinigten Deutschen Studentenschaften (VDS), der Dachverband der deutschen Studentenschaften, wurde am 25. März 1977 in Köln neu gewählt. Dem Vorstand gehören folgende Studenten an:

Andreas Müllich (MSB), Friedrich Weddige (SHB), Dieter Hupka (Jusos), Karl-Heinz Krems (LHV) und auf Drängen der Jungsozialisten kommissarisch Axel Ickert von den maoistischen Basisgruppen. Damit ist in dem Vorstand nach wie vor eine kommunistische Mehrheit.

VDS-Hauptresolution

In einer gemeinsamen Hauptresolution legten Jusos, LHV, SHB, MSB Spartakus und Basisgruppen im April 1976 die Grundlagen der Arbeit des studentischen Dachverbandes fest. In diesem gemeinsamen Papier heißt es u. a.: „Bloße Reformen und Parlamentsbeschlüsse können den Hauptwiderspruch der kapitalistischen Gesellschaft nicht auflösen . . . qualitativer Fortschritt, der nicht wieder in sein Gegenteil umschlagen soll, ist nur durch die konsequent aufbauende Veränderung der gesellschaftlichen Zustände und einer damit einhergehenden Veränderung des Bewußtseins der daraus resultierenden politischen Praxis zu erreichen . . . Ansatzpunkt einer derartigen politischen Praxis muß die Tatsache sein, daß die kapitalistische Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung sich gegen die Interessen der Masse der arbeitenden Bevölkerung richtet. . . der Staat gerät objektiv zunehmend in offenen Widerspruch zu immer größeren Teilen der werktätigen Bevölkerung; denn weder seine sozialpolitischen Maßnahmen noch die offene Unterdrückung durch den staatlichen Gewaltapparat können ihren Charakter als Mittel zur Absicherung der Kapitalinteressen verleugnen.“